

EP-G-01 B – Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

Antragstext

- 1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende
2 Wetterextreme haben
- 3 viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Familien und
4 Rentner*innen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft
5 Einschnitte
6 hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage
7 weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene
8 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.
- 9 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist,
10 wenn
11 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.
- 12 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt.
13 Europa
14 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von
15 Millionen von
16 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die
17 Menschen in
18 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen
19 können,
20 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.
- 21 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
22 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann
23 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand
24 überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn
25 erarbeiten.
- 26 Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für klimaneutrales
27 Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs für
28 Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in Hand
29 und
30 bedingen einander.
- 31 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz
32 jeder
33 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der
34 Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den
35 Anspruch der
36 Bürger*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger
37 Gesundheitsversorgung.
- 38 Es sorgt dafür, dass Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt
39 dazu bei,
40 dass Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

28 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union,
die
29 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in
Würde und
30 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem
Auskommen
31 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein
32 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

33 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird.
Dafür
34 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen
dafür
35 verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union
leben
36 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

37 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und
starke
38 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der
EU,
39 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur
die
40 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion
für
41 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare
42 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung
wirksam vor.

43 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor
Ort
44 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität
sprechen, dann
45 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen
Sozialmodells,
46 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle
47 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die
48 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der
demografische
49 Wandel die Arbeitswelt verändern.

50 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa
51 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen
Politik.
52 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen
rechtsverbindliche
53 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der
Sozialstaat
54 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale
55 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

56 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das
57 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte

Europa
58 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in
der
59 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair
bezahlter
60 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.
61 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es
bekämpft
62 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die
63 Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den
Generationen, Familien
64 und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag der EU angelegt.
Für
65 diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

66 **1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit**

67 **Faire Löhne erreichen**

68 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen
Mitsprache
69 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Wer von
seiner
70 Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch
bei
71 Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards
in ganz
72 Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke
73 Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige
Grundlagen für
74 gute Arbeit.
75 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert
76 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in
Europa
77 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf
unsere
78 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat.
Die
79 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren
80 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir
wollen, dass
81 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der
gesetzliche
82 Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte
83 bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt
werden:
84 Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent
müssen

85 einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit
86 Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite
von
87 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die
88 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein wirksames
89 Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit sich
immer
90 lohnt.

91 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend
ausbauen, indem
92 wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren fordern wir an der Seite
der
93 Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die bestehende Richtlinie zu den
Europäischen
94 Betriebsräten überarbeitet und Ausnahmeregeln beendet. Dabei wollen wir die
95 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische
96 Betriebsräte verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-
Unternehmen in
97 die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Vertretung
von
98 Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen
Betriebsräten ein.
99 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue
100 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer*innen
ein, die
101 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen
abgestimmt ist.

102 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer
sich
103 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger
104 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz
der
105 Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen.

106 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

107 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen
entstehen
108 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler,
109 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung darf auch in der digitalen
110 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von
111 Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein.

112 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste
anbieten
113 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-Kommission schätzt,
dass 4
114 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen
Gesetzgebung zu

115 Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein,
116 Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu
unzureichender
117 sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht zudem
bessere
118 Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem
Arbeitsinspektionen
119 stärken.

120 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
121 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch
122 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management.
Die
123 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der
124 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir
beenden. Um
125 die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir
uns für
126 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

127 **Freizügigkeit einfacher machen**

128 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein
Grundprinzip
129 der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Damit
das
130 für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere
Koordinierung
131 der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

132 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU
Sozialversicherungsansprüche, die
133 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können
134 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die
135 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die
136 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen

137 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen,
um soziale
138 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und
die
139 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen.

140 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner*innen oder Menschen mit
chronischen
141 Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein
Europäischer
142 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit
von
143 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung
entbürokratisieren.
144 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales

145 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern
und einen
146 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

147 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum
Alltag
148 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt. Wir
wollen, dass
149 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern
prinzipiell
150 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen
wir uns
151 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im
152 Homeoffice zu arbeiten.

153 **Ausbeutung bekämpfen**

154 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein
155 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus
Österreich in
156 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien:
Unionsbürger*innen und
157 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und
Ausbeutung,
158 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

159 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-Fernfahrer*innen,
bei
160 Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen
Formen der
161 Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel sind regelmäßig stattfindende
162 Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie
Schulungen in
163 europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern
sollten. Auch
164 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der
Europäischen
165 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame
166 koordinierte Inspektionen erhalten.

167 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von
Subunternehmen zu
168 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern.
Immer
169 wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in
überfüllten
170 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete, die
direkt
171 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen
wir
172 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

173 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene
einfach
174 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren
Durchsetzung
175 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die
176 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und
Unterstützungsstrukturen
177 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in
der
178 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische
Zahlungen im
179 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in
der
180 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität
muss nun
181 effektiv umgesetzt werden.

182 **Kinderarmut abbauen**

183 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das
entspricht
184 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur
sehr
185 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel
im
186 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und
erfolgreiches
187 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder gut ins Leben starten können. Dazu
188 brauchen sie eine bessere finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut
ausgebauten
189 Betreuung und sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die
Bundesregierung
190 auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen
Kinderarmut auf
191 den Weg gebracht. Armutsgefährdeten Kindern wird es besser gehen, Armut nicht mehr
versteckt
192 sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder
abgesichert
193 sind.

194 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der
Europäischen
195 Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites Instrument, um Kinder aus
196 benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das reicht vom kostenlosen Zugang zu
Bildung
197 über gesunde Ernährung bis hin zu angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung
der
198 Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

199 **Soziale Mindeststandards verankern**

200 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.
Hohe
201 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell
verschärft.
202 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen
können, die
203 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer
verbindliche
204 Mindeststandards.
205 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene
Mindestsicherungssysteme zu
206 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards
mit
207 einem sozialen Rechtsanspruch für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In
diesem
208 Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem
jeweiligen
209 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit
fördern und
210 die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind für
einen
211 starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

212 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

213 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge
gegen
214 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus
den
215 Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest
216 gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen
ermöglichen.
217 Krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber
218 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit
dem
219 europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der
Coronapandemie
220 finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz
von
221 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im
Jahr
222 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf
dieser
223 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein
224 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen
– und
225 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen

Ausnahmesituationen

226 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

227 **Wohnen bezahlbar machen**

228 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der
229 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben, ist für
alle

230 Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts steigende Mieten
und ein

231 rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter*innen bis in die Mitte der
232 Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen mehr bezahlbaren

233 Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor*innen, die europaweit
im

234 erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts
Immobilien- und

235 Mietpreise in die Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den
Prüfstand

236 stellen, um Mieter*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu
schützen.

237 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den
extremsten

238 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030
zu

239 beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins
Leben gerufen.

240 Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie
voneinander

241 lernen können und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner
wollen wir

242 die Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen
Fördermittel

243 für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen ausgestalten.

244 **2. Starke Regionen**

245 **Kommunen stärken**

246 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und
Kommunen.

247 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke
Kommunen

248 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen
249 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also

250 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das
251 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken.

252 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo
253 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben
der
254 Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das
Ehrenamt
255 gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und
mit einer
256 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und
257 Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf
nicht dazu
258 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es
braucht
259 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in
den
260 Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit
261 und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige Angebote zu entscheiden.
So können
262 Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem wir in
der
263 EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für
neue
264 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume
265 verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.
266 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle
267 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der
Bürgerinitiative
268 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit
Trinkwasser
269 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen
270 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der
Wasserversorgung aus der
271 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.
272 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die
Zivilgesellschaft
273 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen
wir
274 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
275 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie
die
276 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden
regionalen
277 Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen.
Sie wollen wir
278 ausweiten. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll
279 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit grenzüberschreitenden
280 Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen, der Zusammenarbeit
der

281 Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah am
Alltag der
282 Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

283 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

284 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: in
den
285 europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente Förderpolitik in
der EU
286 ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels
287 ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der Regionen
in
288 Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in
seiner
289 Größe an den Herausforderungen orientieren.

290 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen
291 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen
Mitgliedstaaten.

292 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der
293 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich.
Strukturschwache und
294 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und
295 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt
stellen,
296 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

297 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
298 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen
Menschen und
299 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU-
300 Förderpolitik entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter*innen der Zukunft vor Ort
und
301 schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

302 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig
Effizienz und
303 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel
an
304 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische
Sozialfonds
305 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche
306 Gründer*innen und Angestellte beraten, unterstützt und lebenslang weiter gebildet. Wir
307 statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive
308 Beschäftigungspolitik und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein,
dass
309 die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für
eine
310 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und
311 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen

wahrzunehmen,
312 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.
313 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln.
Die
314 Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der Anträge
und
315 manche gute Projekte werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür
316 einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu
erleichtern.
317 Dabei stellen wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die nötige
318 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um bürokratische
Hürden
319 abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren Fördersummen mehr Pauschalen
einführen und
320 ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung
befreien.
321 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.
322 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der
Zivilgesellschaft
323 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft
gegenseitiges
324 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung
325 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche
Beratungen
326 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. So
327 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

328 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

329 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet
erheblich über
330 den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die ländlichen Räume
näher
331 zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell
gestärkte Kommunen
332 schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen Räume ist für uns ein zentrales Ziel. Alle
333 Menschen sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine
334 verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen
können.
335 Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und
336 multifunktionale Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir
Förderansätze
337 wie LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.
338 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche
Wertschöpfung
339 auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und konsequent
Mehrfachnutzen
340 mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-Photovoltaik
oder

341 mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der
Erneuerbaren und
342 die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den gezielten
Einsatz
343 von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Wir
setzen uns
344 dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
Entwicklung des
345 ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu integrieren und es auszubauen.

346 **Vergaberecht modernisieren**

347 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des
Green
348 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere
Zukunft,
349 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen
Kriterien
350 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für
eine
351 gerechte und zukunftsste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische
352 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am
Menschen
353 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die
europäische
354 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt:
Es
355 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs
werden. Ein
356 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.

357 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir
358 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollten in der
EU
359 konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches
360 Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

361 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und unkomplizierte
Verfahren
362 unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe
363 öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare
364 Beschaffungspolitik minimiert. Die einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive
365 Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die
366 rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe
öffentlicher
367 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

368 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

369 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

370 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

371 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere

372 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen
373 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der
374 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige
375 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

376 zustande gekommen ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und

377 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei
Grenzschließungen

378 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen
379 abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die

380 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und
zwischen den

381 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu
bewältigen.

382 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die
Krisenvorsorge zu

383 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene
zusammenarbeiten. Die EU

384 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu
ergänzen. Sie

385 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen
wir uns

386 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale
Gesundheitsinitiativen

387 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren

388 Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn
Gesundheitskrisen

389 treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse,
denn

390 Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven
Technologie- und

391 Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole
auf

392 geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu
überlebenswichtigen

393 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht
verhindern.

394 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

395 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten
396 Zeichen der
397 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den
398 Folgen von
399 Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw. dem chronischen
400 Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid finden nicht die
401 notwendige
402 Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder treffen auf Vorurteile. Deshalb wollen
403 wir
404 auf europäischer Ebene Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder sowie
405 zu
406 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,
407 beispielsweise
408 durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

409 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer
410 sogenannten
411 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde.
412 Damit
413 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht
414 isoliert
415 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der
416 Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-Health-Ansatz ein Leitbild für unsere
417 Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für die Natur hilft im Kampf gegen Zoonosen;
418 weniger
419 Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere
420 Luft
421 und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

411 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

412 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,
413 konfliktreich
414 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen
415 sind. Diese
416 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen
417 jungen
418 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Im Gegensatz zur körperlichen
419 wird der
420 seelischen Gesundheit im öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige
421 Aufmerksamkeit zuteil. Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa ändern.
422 Wir
423 setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch dafür, die
424 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen
425 besser zu
426 behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und wollen
427 zusammen
428 mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln. Da die Ursachen für
429 mentale

422 Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen.
Darum
423 setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit
übergreifend in
424 allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres
425 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht
die
426 Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine
möglichst
427 rasche und umfassende Umsetzung ein.

428 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen
häufig
429 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die
Pandemie
430 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit
431 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Integration ein.

432 **Arzneimittelversorgung sicherstellen**

433 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:
alternde
434 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die
435 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren
436 Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit häufig auch
eine
437 Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in
Kauf nimmt.

438 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die
EU-
439 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen
die
440 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu
machen
441 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen
und diese
442 früher zu melden.

443 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln
und zu
444 produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei setzen wir
zwei
445 Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit unentbehrlich sind,
446 beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine Produktion in Europa zuverlässig
verfügbar
447 sein. Zum anderen wollen wir hier Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die es
bislang
448 keine oder nur unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die Anreize
für
449 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen zugleich

aber nicht

450 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von
451 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für
geschlechterspezifische
452 Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede bei Diagnose und Behandlung zwischen
Frauen
453 und Männern besser berücksichtigt werden.

454 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel
an
455 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen
456 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung
eingesetzt
457 werden, sollte das mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung
sowie die
458 Preisgestaltung einhergehen.

459 **Gesundheitsdaten sicher nutzen**

460 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche
461 Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser
diagnostiziert,
462 Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen vermieden und die Behandlung
von
463 Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern
grenzüberschreitend in
464 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb
europaweit
465 den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

466 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient*innen stärken.
Eine
467 Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient*innen, eine
468 Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie sollen Zugang zu den
Daten
469 bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen
müssen
470 umfassend berücksichtigt werden.

471
472 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für
die
473 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von Notsituationen in
der
474 Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen wichtigen
Paradigmenwechsel in
475 der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren
476 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die
Versorgung der
477 Patient*innen verbessern. Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter Wahrung
des
478 Datenschutzes erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören

zu den
479 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.
480
481 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine
einheitliche
482 technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine
grenzüberschreitende Nutzung
483 in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende
Nutzung von
484 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen durch
die
485 Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

486 **Antibiotikaresistenzen eindämmen**

487 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein.
Daher
488 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren.
Durch einen
489 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und
Verbreitung
490 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen
491 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen
Immunsystemen wie
492 Älteren, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu
Hunderttausenden
493 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt werden,
wo
494 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick nehmen.
Wir
495 wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin stärken und die
Forschung
496 fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung überprüfen,
ob
497 die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.
498 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten
bleiben
499 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den
entsprechenden
500 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen
Produkten
501 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch
Maßnahmen für
502 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von
Antibiotikarückständen in
503 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer
504 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

505 **Der Pflege den Rücken stärken**

506 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind
507 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu
fördern. Der
508 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in
509 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die
berufliche
510 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die
Arbeitsbedingungen des
511 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für
512 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen
innerhalb der EU
513 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für
wettbewerbsfähige
514 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen
Branchen ein.
515 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie in die Aus- und
516 Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in
Forschungs-
517 und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der
518 Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten
wollen wir
519 fördern.

520 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern
wir
521 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der
Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten
522 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.
523

524 **Cannabis europaweit legalisieren**

525 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und
zeitgemäßen
526 Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa für eine
zeitgemäße
527 Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die
528 kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Mit einem ersten
großen
529 Schritt bei der Legalisierung von Cannabis in Deutschland macht die Ampelkoalition
endlich
530 Schluss mit der gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf
Vernunft
531 statt Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die Konsument*innen
in
532 ihrer freien bewussten Entscheidung.

533 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken wir die
534 Verbraucher*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken wir
Prävention und

535 Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den
536 Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir streben eine europaweite
537 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Deshalb werden wir uns in
Europa
538 dafür einsetzen, dass das europäische und internationale Recht in Bezug auf die
Produktion,
539 den Vertrieb und Verkauf von Cannabisprodukten entschärft wird.

540 **4. Bildung und Chancen**

541 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

542 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie
vernetzen,
543 können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen
Kontinent
544 nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von europäischen Hochschulen
oder
545 Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen, dass nach einer Pilotphase 2018 jetzt
bereits
546 zwei Ausschreibungsrunden stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere
547 Ausschreibungsrunden sowie eine engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke
ein.

548 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European
Degree). Ein
549 European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen, das binationale,
550 trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als zusätzliches
Qualitätssiegel
551 aufwertet und damit Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen schafft.
552 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in
Museen,
553 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte.
Viele
554 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende
aus
555 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen
556 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC)
und dem
557 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen
558 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
559 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und
560 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

561 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

562 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet
viele
563 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir
mit

564 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlussystem in der EU
565 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem
Land in
566 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und
Absolvent*innen
567 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur
durchlaufen.
568 Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die
Anerkennung
569 sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Universitätsabschlüsse einfacher
und
570 schneller in jedem Land der EU anerkannt werden.

571 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft
kompliziert,
572 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders
kontraproduktiv. Für
573 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA)
in ihrem
574 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die
575 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen
lassen zu
576 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich
erweitern.

577 **Politische Bildung gegen Desinformation**

578 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
579 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:
580 Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und
versuchen,
581 den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre
582 Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und
europäisch
583 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische
584 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische
585 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und
junge
586 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur
Verfügung
587 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

588 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse
zielgruppengerecht
589 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in
Zeiten von
590 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung
auch
591 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach
klaren
592 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere
593 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

594 **Mit Erasmus Europa kennenlernen**

595 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über

596 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und berufliche

597 Austausch ermöglicht.

598 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen

599 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder

600 Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland

601 zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-

602 Teilnehmer*innen einführen, das es ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos nach

603 Hause und zurück zu fahren.

604 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung

605 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen

606 barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit Großbritannien Wege finden, wie Menschen

607 auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

608 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm

609 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten,

610 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren

611 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir

612 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

613 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick

614 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür einsetzen,

615 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

617 **5. Europas Jugend**

618 **Jugend beteiligen**

619 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies

620 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche

621 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und
europaweit
622 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für
die
623 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer
624 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von
625 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden
scheitert.
626 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über
627 Erasmus+ aus.

628 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort
629 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind
derzeit im
630 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in
Deutschland
631 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns
dafür
632 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit
633 wird.

634 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell
weiter
635 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für
die
636 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen,
dieser
637 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die
Ergebnisse
638 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission
einfließen
639 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im
Europäischen
640 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die
641 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In
der EU-
642 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen
643 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger
644 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die
645 Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

646 **Freiwilligendienste ausbauen**

647 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der
Zivilgesellschaft
648 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen
Europäer*innen ist
649 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der
Demokratieförderung,
650 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

651 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen,
gerade
652 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir
bessere
653 Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas ist, das sich jede und jeder
leisten
654 kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine,
Verbände
655 und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte
der
656 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

657 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die
Erfahrungen,
658 das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen:
Viele von
659 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem
europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen
660 überall in
661 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten
können.

662 **Europa entdecken**

663 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im
Jahr
664 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in
einem
665 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können.
Gemeinsam mit
666 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie
vielfältig
667 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig
noch
668 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse
zu
669 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen
Menschen aus
670 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass
Gruppen
671 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

672 **6. Verbraucherschutz**

673 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

674 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken
Bürger*innen.
675 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen
Binnenmarkt

676 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert
Konsum,
677 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur
Vorreiterin:
678 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne
Infrastruktur oder
679 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

680 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile
Endgeräte,
681 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische
Standard
682 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert
683 merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum
digitaler
684 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose
685 Ladetechnologien mit einschließen.

686 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
687 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen
bessere
688 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass
relevante
689 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

690 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
691 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen.
Ein
692 kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine
Neuanschaffung
693 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen
verlängert sich mit
694 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte
die
695 Geldbeutel der Bürger*innen entlasten.

696 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur
Selbstverständlichkeit.
697 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen
Gebrauchsgegenständen
698 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher
Halb-
699 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um
Sicherheit
700 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein
701 Register für Nanopartikel.

702 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der
Verbraucher*innen
703 gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent aufeinander abgestimmten
704 Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen
Stromerzeugung

705 bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von Verbraucher*innen durch die einfache
Integration von
706 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

707 **Fahrgastrechte garantieren**

708 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher nutzbar
sein.

709 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden –
ganz

710 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir ein europaweites
einheitliches

711 Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht und den
Planungsaufwand

712 erheblich senkt.

713

714 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die
Entschädigung für

715 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75
Prozent nach

716 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert.

717 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel
ankommen.

718 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz
bei

719 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der
720 Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von
Flugreisen.

721 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die
Verordnung

722 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information
der

723 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den
Anspruch der

724 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

725 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen
zur

726 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine
727 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente
Preisgestaltung für

728 alle Gepäckvarianten ein.

729 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle
730 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

731 **Vor Kostenfallen schützen**

732 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche
733 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.

734 Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu

kündigen,
735 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung.
Die
736 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur
Kostenfalle.
737 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen
leicht
738 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir
sorgen so für
739 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die

740 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die
Beweislast
741 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese
nicht
742 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge
sollen
743 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir
setzen
744 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben
Kund*innen so
745 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.